

KLIMASCHUTZ

## Schmutzige Schiffe

In deutschen Seehäfen bedroht die Schadstoffbelastung der Schifffahrt die Gesundheit von Anwohnern und Beschäftigten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Luftschadstoffgutachten der Hansestadt Hamburg für die geplante HafenCity. Rund um den dortigen Kreuzfahrtterminal wird aufgrund der hohen Schadstoffbelastung durch Stickoxide, Schwefeldioxid sowie Feinstaub aus den Schiffsdieseln eine Wohnbebauung verboten. Angrenzende Bürogebäude werden nur genehmigt, wenn die Fassaden zur Wasserseite geschlossen sind und wenn eine „kontrollierte Lüftung aus unbelasteten Bereichen“ erfolgt. Die Luftbelastung resultiert aus den geringen Umwelthanforderungen, die an die weltweit 90 000 Handels- und Passagierschiffe gestellt werden. Von ihnen nutzen 90 Prozent als Motoren Brennstoff die Sondermüll-ähnlichen Rückstände, die in Raffinerien anfallen. Der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust, Umweltbeauftragter der CDU, will nach den „alarmierenden Ergebnissen“ der Untersuchung mit der EU und den anderen Küstern über eine Eindämmung des schwefelhaltigen Schiffsmogs verhandeln.



„Queen Mary 2“ (in der Hamburger HafenCity, 2005)

So soll während der Liegezeiten der Kreuzfahrtschiffe eine landgestützte Stromversorgung der schwimmenden Städte den Betrieb der schädlichen Schiffsdiesel vermindern. Die „Queen Mary 2“ etwa hat den Strombedarf von 200 000 Einwohnern. Al-



Merkel

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

### Versteckte Kosten

Die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union kommt die Deutschen teuer zu stehen. Allein „für die organi-

satorische und protokollarische Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen“ sind im Etat des Auswärtigen Amts 30,5 Millionen Euro veranschlagt. Das zusätzliche Personal, unter anderem Aushilfen mit Zeitverträgen von 12 bis 18 Monaten, schlägt mit weiteren 8,6 Millionen Euro zu Buche. 1,7 Millionen Euro lässt sich die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU)

das kulturelle Rahmenprogramm kosten, von dem vor allem die Goethe-Institute in europäischen Ländern profitieren. Die Förderung des „europäischen Gedankens“ in Deutschland durch Bürgerkonferenzen und Rathausgespräche steht mit 150 000 Euro im

Haushaltsplan. Davon unberührt sind Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit rund 200 000 Euro, unter anderem für die „Deutschlandtournee der Wanderausstellung aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge ‚Europa ist 50‘“ (150 000 Euro). Auf Kritik bei Haushaltspolitikern wie Michael Leutert (Linkspartei) stoßen vor allem „die versteckten Kosten“ wie gut 200 000 Euro für „Erstellung und Betrieb der Web-Seite“ zur Ratspräsidentschaft – darunter allein 33 000 Euro „für nicht näher bezeichnete Fotografenarbeiten“ (Leutert). Die Bundesregierung weist die Kritik an den Kosten zurück. Sie bewegen sich im „Rahmen des international Üblichen“.

RÜSTUNG

### „Leo“ nach Afghanistan

Bald sollen deutsche „Leopard 2“-Kampfpanzer in den Kriegsgebieten Afghanistans an die Front – allerdings mit kanadischer Besatzung. Die Regierung in Ottawa hat in Berlin angefragt, ob die Bundesrepublik etwa 20 „Leopard“ in der neuesten Version („A6M“) bereitstellen könne, die speziell gegen Minen geschützt sind. Weil der Hersteller Krauss-Maffei Wegmann die kampf-



„Leopard 2“-Kampfpanzer

wertgesteigerte „Leopard“-Variante nicht sofort liefern kann, möchte Kanada die Panzer zunächst aus Beständen des deutschen Heeres für zwei Jahre leasen. Weitere 80 „Leopard 2“-Panzer der älteren „A4“-Version wollen die Kanadier kaufen. Die Bundeswehr besitzt erst etwa 40 Exemplare der rund 60 Tonnen schweren A6M-Tanks. Das Verteidigungsministerium hat bereits signalisiert, dass es dem Deal zustimmen wird.